Gesellschaftsvertrag

der

ehw-Beteiligungsverwaltungsgesellschaft mbH

Präambel

Gesellschafter der ehw Energiehandelsgesellschaft West mbH (nachfolgend: ehw) beabsichtigen, zusammen mit anderen kommunalen Partnern und Unternehmen aus dem STEAG - Konzern, ein gemeinsames Kraftwerksprojekt am Standort Herne (Entwicklung, Finanzierung, Errichtung und Betrieb eines Steinkohlekraftwerkes) durchzuführen (nachfolgend: Projekt Herne V). Zu diesem Zweck gründen die beteiligten Unternehmen die ehw-Kraftwerksbeteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG (nachfolgend: KG) sowie diese Gesellschaft als Komplementärin. Weitere Einzelheiten des Projektes Herne V sind in einem Konsortialvertrag (nachfolgend: Konsortialvertrag) geregelt, den die beteiligten Unternehmen und die ehw abschließen.

§ 1 Firma und Sitz

(1) Die Gesellschaft ist eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung und führt die Firma "ehw-Beteiligungsverwaltungsgesellschaft mbH".

(2) Die Gesellschaft hat ihren Sitz in Münster .

§ 2 Gegenstand des Unternehmens

(1) Gegenstand des Unternehmens ist der Erwerb und die Verwaltung von Beteiligungen sowie die Übernahme der persönlichen Haftung und der Geschäftsführung bei Personengesellschaften, insbesondere die Beteiligung als persönlich haftende und geschäftsführende Gesellschafterin an der ehw-Kraftwerksbeteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG.

(2) Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck gefördert werden kann. Sie kann sich zur Erfüllung Ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe errichten, pachten, ferner Interessengemeinschaften eingehen und Zweigniederlassungen errichten.

(3) Die Gesellschaft ist auf den öffentlichen Zweck nach § 108 Abs. 1 Nr. 7 der Gemeindeordnung Nordrhein - Westfalen (GO) und an den Wirtschaftsgrundsätzen nach § 109 GO auszurichten.

§ 3 Stammkapital, Stammeinlagen

(1) Die Gesellschaft wird in Form einer Bargründung errichtet. Die Stammeinlagen sind in voller Höhe rechtzeitig vor der Anmeldung der Gesellschaft zum Handelsregister bar zu erbringen.

(2) Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 25.200 Euro (in Worten: sechsunddreißigtausend Euro).

(3) Auf das Stammkapital übernehmen

die Stadtwerke Dinslaken GmbH (5,56 %)
eine Kommanditeinlage in Höhe von 1.400 Euro

die Stadtwerke Emmerich GmbH (11,11 %)
eine Kommanditeinlage in Höhe von 2.800 Euro

die Stadtwerke Fröndenberg GmbH (11,11 %)
eine Kommanditeinlage in Höhe von 2.800 Euro

die GSW Gemeinschaftsstadtwerke GmbH
Kamen - Bönen - Bergkamen (16,67 %)
eine Kommanditeinlage in Höhe von 4.200 Euro

die Stadtwerke Hamm GmbH (22,22 %)
eine Kommanditeinlage in Höhe von 5.600 Euro

die Hertener Stadtwerke GmbH (11,11 %)
eine Kommanditeinlage in Höhe von 2.800 Euro

die Stadtwerke Lünen GmbH (11,11 %)
eine Kommanditeinlage in Höhe von 2.800 Euro

die Energie- und Wasserversorgung Rheine GmbH (11,11 %)
eine Kommanditeinlage in Höhe von 2.800 Euro

(4) Jeder Gesellschafter soll stets am Stammkapital der Gesellschaft in dem Verhältnis beteiligt sein, in dem er am Festkapital der ehw-Kraftwerksbeteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG beteiligt ist. Jeder Gesellschafter verpflichtet sich gegenüber der Gesellschaft und gegenüber jedem einzelnen Gesellschafter, alles seinerseits zur Aufrechterhaltung oder Wiederherstellung des gleichen Beteiligungsverhältnisses Erforderliche zu tun.

(5) Mehrere voll eingezahlte Geschäftsanteile können zu einem Geschäftsanteil vereinigt werden.

§ 4 Geschäftsjahr und Dauer der Gesellschaft

(1) Die Dauer der Gesellschaft währt mindestens so lang, wie die Dauer der ehw-Kraftwerksbeteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG währt.

(2) Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr. Das erste Geschäftsjahr beginnt mit Eintragung der Gesellschaft ins Handelsregister und endet am 31.12. desselben Jahres.

§ 5 Bekanntmachungen

Soweit gesetzlich vorgeschrieben, erfolgen die Bekanntmachungen im elektronischen Bundesanzeiger, ansonsten in der örtlichen Presse. Die Bekanntmachungsvorschriften der GO sind zu beachten.

§ 6 Organe der Gesellschaft

Die Organe der Gesellschaft sind:

1. die Geschäftsführung,
2. die Gesellschafterversammlung.

§ 7 Geschäftsführung und Vertretung der Gesellschaft

(1) Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer (Geschäftsführung). Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft durch zwei Geschäftsführer gemeinschaftlich oder einen Geschäftsführer in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten. Ist nur ein Geschäftsführer bestellt, so vertritt er die Gesellschaft allein.

(2) Bei mehreren Geschäftsführern gibt sich die Geschäftsführung eine Geschäftsordnung, die der Zustimmung der Gesellschafterversammlung bedarf.

(3) Durch Beschluss der Gesellschafterversammlung kann allen oder einzelnen Geschäftsführern abweichend von Abs. 1 Einzelvertretungsbefugnis und Befreiung von den Beschränkungen des § 181 BGB eingeräumt werden.

(4) Die Geschäftsführung leitet die Gesellschaft unter Beachtung der Gesetze, dieses Gesellschaftsvertrages, der Beschlüsse der Gesellschafterversammlung und der Geschäftsordnung für die Geschäftsführung unter eigener Verantwortung.

§ 8 Einberufung der Gesellschafterversammlung und Vorsitz

(1) Die Gesellschafterversammlung wird von der Geschäftsführung schriftlich unter Mitteilung der Tagesordnung und Übersendung der dazugehörigen Unterlagen mit einer Frist von zwei Wochen einberufen, wenn dies durch Gesetz oder diesen Gesellschaftsvertrag bestimmt ist, ein Gesellschafter dies unter Angabe des Zwecks und der Gründe verlangt oder die Einberufung aus einem sonstigen Grund im Interesse der Gesellschaft notwendig ist. In dringenden Fällen kann eine kürzere Frist gewählt werden, wenn keiner der Gesellschafter widerspricht.

(2) Die ordentliche Gesellschafterversammlung findet spätestens innerhalb von acht Monaten nach Abschluss des Geschäftsjahres statt.

(3) Die Geschäftsführung nimmt an der Gesellschafterversammlung teil, sofern die Gesellschafterversammlung im Einzelfall nicht etwas anderes bestimmt.

(4) Beschlüsse in der Gesellschafterversammlung werden mit einfacher Mehrheit des gesamten Stammkapitals gefasst, soweit nicht gesetzlich oder in diesem Gesellschaftsvertrag etwas anderes vorgeschrieben ist. Jede 100 Euro eines Geschäftsanteils gewähren eine Stimme.

(5) Beschlüsse von Gesellschaftern werden in einer Gesellschafterversammlung gefasst. Außerhalb von Versammlungen können sie, soweit nicht zwingendes Recht eine andere Form vorschreibt, durch schriftliche, fernschriftliche oder mündliche, auch fernmündliche Abstimmung gefasst werden. Über jeden außerhalb von Gesellschafterver-

sammlungen gefassten Beschluss ist unverzüglich eine Niederschrift anzufertigen, die den Tag und die Form der Beschlussfassung, den Inhalt des Beschlusses und die Stimmabgaben anzugeben hat. Die Niederschrift ist jedem Gesellschafter unverzüglich zuzusenden.

(6) Über die Verhandlungen und Beschlüsse der Gesellschafterversammlung ist eine Niederschrift anzufertigen, die von den Gesellschaftern oder ihren Vertretern zu unterzeichnen ist. In der Niederschrift sind mindestens der Ort und der Tag der Sitzung, die Teilnehmer, die Gegenstände der Tagesordnung und die Beschlüsse der Gesellschafterversammlung anzugeben. Die Urschrift der Niederschrift ist zu den Akten der Gesellschaft zu nehmen. Jeder Gesellschafter erhält eine Ausfertigung der Niederschrift.

§ 9 Aufgaben der Gesellschafterversammlung

(1) Unbeschadet der ihr durch Gesetz und diesen Gesellschaftsvertrag zugewiesenen Aufgaben beschließt die Gesellschafterversammlung insbesondere über die folgenden Angelegenheiten:

1. Änderungen des Gesellschaftsvertrages einschließlich Kapitalerhöhung und -herabsetzung,
2. Übernahme neuer Aufgaben und Aufgabe bisheriger Unternehmensgegenstände i.S.d. § 2 Abs. 1,
3. Aufnahme neuer Gesellschafter,
4. Feststellung des Jahresabschlusses und Ergebnisverwendung,
5. Feststellung und Änderung des Wirtschaftsplans,
6. Wahl des Abschlussprüfers,
7. Bestellung und Abberufung sowie Anstellung und Entlassung der Geschäftsführung,
8. Entlastung der Geschäftsführung,
9. Erlass einer Geschäftsordnung für die Geschäftsführung,
10. Umwandlung und Auflösung der Gesellschaft,
11. Zustimmung zur Verfügung über Gesellschaftsanteile, diese ist zu versagen, wenn gleichzeitig eine Beteiligung an der in § 2 Abs. 1 genannten GmbH & Co. KG besteht und diese Beteiligung nicht im gleichen Verhältnis an dieselbe Person bzw. dieselben Personen übertragen wird.

(2) In folgenden Angelegenheiten bedarf die Geschäftsführung der vorherigen Zustimmung der Gesellschafterversammlung:

1. Erwerb, Veräußerung und Belastung von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten, soweit von der Gesellschafterversammlung festzulegende Beträge überschritten werden,
2. Übernahme von Bürgschaften, Abschluss von Gewährleistungsverträgen und vergleichbaren Rechtsgeschäften, soweit von der Gesellschafterversammlung festzulegende Beträge überschritten werden,
3. Schenkungen, Hingabe von Darlehen, Abschluss von Vergleichen und Verzicht auf fällige Ansprüche, soweit von der Gesellschafterversammlung festzulegende Beträge überschritten werden,
4. Einleitung gerichtlicher und schiedsgerichtlicher Verfahren sowie deren Beendigung durch Rücknahme der Anträge oder Vergleich, sofern sie von grundsätzlicher Bedeutung sind,
5. Abschluss, Änderung und Aufhebung von Verträgen mit Gesellschaftern oder Verträgen im Rahmen des Projektes Herne V, insbesondere der Angebotsverträge, des Konsortialvertrages und des KWE - Energiebezugsvertrages,
6. Vornahme sonstiger Rechtshandlungen im Zusammenhang mit dem Projekt Herne V, soweit diese Handlungen finanzielle Auswirkungen von mehr als XXX Euro haben oder im Rahmen des Projektes Herne V von wesentlicher Bedeutung sind; hierzu gehört in jedem Fall die Wahrnehmung wesentlicher Rechte und Pflichten bei Vertretung der KG im Projektbeirat - insbesondere bei Fassung des Baubeschlusses - oder in anderen Gremien des Projektes Herne V,
7. Abschluss, Änderung und Aufhebung von Unternehmensverträgen i.S.d. §§ 291 und 292 Abs. 1 AktG,
8. Abschluss, Änderung und Aufhebung sonstiger Verträge, soweit diese finanzielle Auswirkungen von mehr als XXX Euro haben,
9. Erwerb und Veräußerung von Unternehmen und Beteiligungen.

(3) Ein Zustimmungserfordernis nach Abs. 2 entfällt, wenn bezogen auf den betreffenden Beschlussgegenstand bereits ein Beschluss der Kommanditistenversammlung der KG vorliegt.

§ 10 Wirtschaftsplan

Die Geschäftsführung stellt so rechtzeitig den Wirtschaftsplan sowie eine 5 - Jahres - Planung auf, dass die Gesellschafterversammlung rechtzeitig vor Beginn des Geschäftsjahres dem Wirtschaftsplan ihre Zustimmung erteilen sowie die 5 - Jahres - Planung zur Kenntnis nehmen kann. Der Wirtschaftsplan umfasst den Erfolgsplan und den Vermögensplan.

§ 11 Jahresabschluss, Lagebericht, Prüfung und Offenlegung

(1) Jahresabschluss (Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung und Anhang) sowie Lagebericht sind von der Geschäftsführung in den ersten drei Monaten nach Ablauf des Geschäftsjahres für das vergangene Geschäftsjahr entsprechend den für große Kapitalgesellschaften geltenden Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches aufzustellen und einem Wirtschaftsprüfer als Abschlussprüfer zur Prüfung vorzulegen. Im Lagebericht oder im Zusammenhang damit ist zur Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung gem. § 2 Abs. 3 und zur Zweckerreichung Stellung zu nehmen.

(2) Die Geschäftsführung hat den Jahresabschluss zusammen mit dem Lagebericht und dem Prüfungsbericht des Abschlussprüfers sowie einem Ergebnisverwendungs-vorschlag unverzüglich nach Eingang des Prüfungsberichtes den Gesellschaftern zur Feststellung des Jahresabschlusses vorzulegen.

(3) Die Gesellschafter haben spätestens bis zum Ablauf der ersten acht Monate des Geschäftsjahres über die Feststellung des Jahresabschlusses und die Ergebnisverwendung zu beschließen. Auf den Jahresabschluss sind bei der Feststellung die für seine Aufstellung geltenden Vorschriften anzuwenden.

(4) Die Offenlegung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes richtet sich nach den für die Größenordnung der Gesellschaft (§ 267 HGB) maßgeblichen Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches. Darüber hinaus gilt die Offenlegungspflicht nach § 108 Abs. 2 Nr. 1 c der GO.

(5) Den an der Gesellschaft mittelbar beteiligten Kommunen stehen die Rechte nach § 53 Abs. 1 und § 54 des Haushaltsgrundsätzgesetzes zu, soweit dies nach § 112 GO notwendig ist.

§ 12 Steuerklausel

(1) Die Gesellschaft darf den Gesellschaftern oder diesen nahestehenden Dritten geldwerte Vorteile nur nach Maßgabe satzungsgemäßer Gewinnverteilungsbeschlüsse gewähren.

(2) Verstoßen Rechtsgeschäfte oder Rechtshandlungen gegen Abs. 1, so sind sie insoweit unwirksam, als den dort genannten Personen ein Vorteil gewährt wird. Der Begünstigte ist verpflichtet, der Gesellschaft Wertersatz in Höhe des ihm zugewandten Vorteils zu leisten. Besteht aus Rechtsgründen gegen einen einem Gesellschafter nahestehenden Dritten kein Ausgleichsanspruch, so richtet sich der Anspruch gegen den Gesellschafter, dem der Dritte nahesteht.

(3) Ob und in welcher Höhe ein geldwerter Vorteil entgegen der Bestimmung des Abs. 1 gewährt worden ist, wird mit den Rechtsfolgen des Abs. 2 durch rechtskräftige Feststellung der Finanzbehörde oder eines Finanzgerichtes für die Beteiligten verbindlich.

§ 13 Gleichstellung

Die Ziele des Landesgleichstellungsgesetzes Nordrhein - Westfalen werden in der Gesellschaft beachtet. Soweit in den Regelungen des Vertrages eine männliche Bezeichnung gewählt wird, ist damit jeweils auch die weibliche Bezeichnung gemeint.

§ 14 Ungültigkeit einzelner Bestimmungen

Sollten einzelne Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages ungültig sein oder werden, bleibt der Gesellschaftsvertrag im Übrigen in Kraft. Solche rechtsunwirksamen Bestimmungen sind baldmöglichst durch rechtsgültige zu ersetzen, die dem beabsichtigten wirtschaftlichen Erfolg möglichst gerecht werden.

§ 15 Gründungsaufwand

Die Gesellschaft trägt die durch die Gründung verursachten Aufwendungen (Notar-, Gerichts-, Veröffentlichungs- und Beratungskosten) bis zu einer Höhe von 3.000 Euro.